

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1,25 und
0,80 Heftelagabe, bezugslosigen Postums bestellt. Für
Ausland unter Zuzahlung 1,50 (inkl. Postgeb.). — Preis der
Eingelnummer 10 Pf. Postfach 10 Hannover 87 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einpaltige Anzeigenzeile oder deren Raum 10 Pfennig,
Reklame 50 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigen-Aufnahme nachmittags 3 Uhr. Postfach
10 Hannover 87 377.

13. Jahrgang.

Es ist tief bedauerlich, daß nichts imstande zu sein scheint, diesen Gegensatz auszuwischen, denn weder das

deutsche, noch das französische Volk wünscht den Krieg. Sie würden beide glücklich sein, wenn ihnen jemand versprechen könnte, daß sie zum letztenmal auf einander geschossen haben. Aber wer soll den ersten Schritt tun? Deutschland kann an die Friedfertigkeit Frankreichs nicht glauben, solange es in dieser Weise weiterkämpft, und Frankreich schließt anscheinend von sich auf uns, wenn es annimmt, daß der unterlegene Gegner Rache nehmen muß.

Das, was sich so einer gegenseitigen Verständigung immer wieder in den Weg stellt, ist die Reparationsfrage. Heute weiß man, daß keine Möglichkeit besteht, die Zahlungen zu leisten. Frankreich wird aber niemals imstande sein, die Reparationsleistungen auf die Dauer in dieser Form anzunehmen, weil es dann selbst dazu beitragen muß, daß seine eigene Volkswirtschaft gestört wird. Das weiß man heute überall; man will den Irrtum nur noch nicht öffentlich eingestehen.

Wie wenig Aussicht auf eine grundsätzliche Verständigung vorhanden ist, wird sofort klar, wenn man bedenkt, daß Frankreich seinen Chauvinismus, Italien seinen Faschismus, Deutschland seinen Nationalsozialismus, England seinen althergebrachten Spleen von seiner Weltberufung hat, während Amerika sein Denken in Geld und Zinsen nicht so bald verlieren wird.

Diese beiden Richtungen liegen auf derselben Seite; sie wollen beide das kapitalistische System erhalten. Auf der andern Seite steht der Bolschewismus, aber vorläufig ist die Mehrheit unseres Volkes noch der Ansicht, daß diese Wirtschaftsform vielleicht von einem halbzwischengeschalteten Volk getragen werden kann, aber nicht von einem, das auf einer so hohen Kulturstufe steht wie das deutsche. Für das Volksbewußtsein scheidet diese Wirtschaftsform darum noch praktisch aus. Dafür ist in seinem volkswirtschaftlichen Denken ein Umschwung eingetreten, an dem nicht mehr vorbeigegangen werden kann. Die Haltung unseres Volkes zeigt etwas ganz anderes als völlige Verzweiflung, sondern es drückt sich in ihr die Ueberzeugung und die bestimmte Erwartung aus, daß es zwar noch schlimmer werden kann, daß aber eine bessere Zeit unaufhaltsam im Hineinbrechen begriffen ist. Es wäre nicht das erste Mal in der Geschichte der Menschheit, daß tatsächlich aus der Tiefe des Volksbewußtseins die Rettung aufsteigt. Es braucht heute nur der Mann aufzutreten, der dem, was unausgesprochen vorliegt, Ausdruck zu geben vermag, und eine Bewegung wird einsetzen, die nicht Halt machen wird an den Landesgrenzen.

(Schluß folgt.)

Judasgold.

Die deutschen Pazifisten und ihre ausländischen Geldquellen. — Försters „merkwürdige Berichtigungen“.

In Nr. 167 unseres vorigen Jahrgangs brachten wir unter der Überschrift „Der Krieg im Friedenslager“ einen Aufsatz, der sich mit den Enthüllungen des bekannten Pazifistenführers Dr. Kurt Hiller über ausländische Geldquellen der deutschen Friedensbewegung beschäftigte. Diese Enthüllungen, in denen natürlich auch Herr Prof. Friedrich Wilhelm Förster die übliche Rolle spielte, waren derart handfesten Charakters, daß wir keinerlei Bedenken hatten, sie in den Spalten unserer Zeitung zum Abdruck zu bringen. Es ging uns dann seitens der Deutschen Friedensgesellschaft eine „Berichtigung“ mit der dringenden Aufforderung zum Abdruck zu. Wir konnten uns jedoch zu einer Aufnahme dieser „Berichtigung“ nicht entschließen, da sie alles andere als überzeugend war und da wir fortgesetzt aufs höchste darüber erstaunt waren, daß man gegen den eigentlichen „Verleumder“, nämlich Herrn Dr. Hiller, gerichtlich nicht vorzugehen wagte.

Bei den Lehmäckern in Remscheid.

Als bald nach dem Kriege Pastor Gustav von Bodelschwingh sich ein erstes Lehmhäuschen am Waldrand des Dünnerholzes baute, ahnte er wohl kaum, daß aus diesem kleinen Anfang eine so große Arbeit entstehen würde. Und heute gibt es nicht nur hin und her im Ravensberger Lande viele Lehmhäuser, sondern auch am Rande der Großstadt Remscheid entsteht in diesem Jahr eine Lehmhauskolonie von 16 Bauten. Die vier ersten Probehäuser waren im vorigen Jahr gebaut und haben den Widerstand, der erst auch in Remscheid bestand, gebrochen. An einem Weg, der sich eine Anhöhe hinauf zieht, liegen zu beiden Seiten die Lehmhäuschen. Die einheitlichen steilen Giebel mit den schwarzen Dachziegeln geben der Siedlung das Gepräge. Weil es sich um eine geschlossene Siedlung handelt, deren Häuser gleichzeitig hochgezogen werden, herrscht hier Großbetrieb. Der Lehm wird für alle zusammen durchgemahlen und dann mit Loren an die einzelnen Backtische gebracht, wo sich fleißige Hände rühren, um die Lehmbröte zu backen. Am Eingang zur Lehmhausfiedlung liegt eine einfache Holzbaracke, in der ein Kreis von Siedlungshelfern und -helferinnen die Siedler in ihrer Arbeit unterstützen. Trotz allgemeiner Rasse und trotz Remscheider Spezialregen sind die Lehmwände fast hoch, so daß bei einigermaßen günstiger Witterung bald mit dem Verputz begonnen werden kann.

Diese Lehmhausfiedlung findet natürlich wegen ihrer eigenartigen Bauweise und wegen der Art, wie hier Selbsthilfe und Gemeinschaftshilfe eingesetzt werden, lebhaftes Interesse. Dadurch, daß hier nicht so von oben her schlüsselfertige Häuser hingestellt werden, dadurch, daß gerade die Lehmhausweise es ermöglicht, Eigenkräfte in weitgehendem Maße mobil zu machen, entstehen hier in Remscheid Lehmhäuser, die mit ihren 3 Zimmern unten und 2 bis 3 ausbaufähigen Zimmern oben sich in ihren Gesamtkosten (einschließlich Baugrundstück) auf je 7000 Mark stellen. Getragen wird die Lehmhausarbeit vom Verein „Heimathilfe“ in Dünne, Kreis Herford, der es

Es beschäftigte sich damals eine ganze Reihe deutscher Zeitungen der verschiedensten Färbung mit dieser nicht gerade sauberen Angelegenheit, die dann auch für die deutschen Pazifisten immer peinlicher wurde, so daß sich schließlich der Vizepräsident der deutschen Friedensgesellschaft gezwungen sah, nicht etwa gegen Dr. Hiller, sondern gegen die Redakteure einiger Zeitungen einen Weidigungsprozeß anzustrengen, der — wie wir bereits vorige Woche berichtet haben — dieser Tage vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte zur Verhandlung stand.

Prof. Friedrich Wilhelm Förster, der jetzt in Paris lebt, konnte persönlich als Zeuge vor dem Berliner Gericht nicht gehört werden, mußte sich aber auf Gerichtsbeschuß durch die Deutsche Botschaft in Paris unter Eid vernehmen lassen. Er bestritt zwar, daß die Deutsche Friedensgesellschaft durch seine Vermittlung Gelder aus irgendwelchen Regierungs- oder Geheimfonds des Auslandes erhalten habe, mußte aber eingestehen, daß durch den bekannten französischen Pazifisten Prof. Vassch an Herrn Schwann, Vorstandsmitglied der Deutschen Liga für Menschenrechte (zugleich Präsidialmitglied der Deutschen Friedensgesellschaft! Die Red.), eine Summe in Höhe von 30 000 Francs ausgehändigt worden sei, die für die Propaganda des Reichsbanners gegen die Wahl des Reichspräsidenten v. Hindenburg bestimmt war. Er habe sich damals nicht in Paris, sondern in Zürich befunden und die Mitteilung über die Geldzuwendung durch Schwann erhalten, der ihn im Auftrage von Prof. Vassch bat, auf Wunsch des Geldgebers diese Zuwendung zu bestätigen. Als Grund für diese Bitte wurde angegeben, daß der Geldgeber, dessen Name ihm nicht bekannt war, ihn kenne. In der Annahme, daß diese Summe von Herriot stamme, habe er in einem Brief an Frau Röttcher geschrieben, „daß diese Zuwendung von Herriot stamme.“ Diese Angabe sei ein Irrtum gewesen. Die Tschechische Liga für Menschenrechte habe Zuwendungen an die Deutsche Liga für Pazifismus in Deutschland gemacht. Es sind aus der Tschechoslowakei insgesamt 85 000 Mark für diese Zwecke nach Deutschland gelangt. Bis 1925 kamen diese Gelder direkt von Prag nach Berlin an Herrn Schwann. Später seien sie durch seine — Försters — Hand über Zürich gegangen. Die Gelder habe er von Prof. Rahl, dem Präsidenten der Tschechischen Liga für Menschenrechte, erhalten und sie an Lehmann-Ruhbildt, Vorstandsmitglied der Deutschen Liga für Menschenrechte, weitergegeben. In einem Brief vom Oktober 1928 an die Geschäftsführerin der „Menschheit“, Frau Röttcher, sei ihm über diesen Fonds ein Versehen unterlaufen. Er habe damals geschrieben, daß 6000 Mark aus dem Moritz-Fonds stammten, unter welchen Namen die tschechoslowakischen Fonds zu verstehen waren. In Wirklichkeit stammten diese Gelder von einem westschweizerischen Geldgeber zum Zwecke der Verbreitung der Friedensidee, besonders der Völkerbunds-idee in Deutschland. Mit Zuwendungen aus polnischer Quelle habe er niemals etwas zu tun gehabt. Schwann habe nach seinen eigenen Angaben bis 1926 von seiner schriftstellerischen Tätigkeit gelebt und habe damals auch in der polnischen offiziellen und offiziellen Presse referierende Artikel über verschiedene Themen erscheinen lassen. Für diese Artikel habe er von der Pressestelle der polnischen Gesandtschaft in Berlin Honorare erhalten. Im Laufe von zwei Jahren habe Schwann von der polnischen Pressestelle drei Zahlungen von je 500 Mark erhalten.

Auch die Zeugenvernehmungen vor dem Gericht Berlin-Mitte legt den Sumpf des deutschen Pazifistentums in seiner ganzen Nichtswürdigkeit bloß. Gold von den Franzosen, Gold von den Polen, Gold von den Tschechen lassen die „deutschen“ Pazifisten in ihre Taschen fließen — Judasgold, mit dem man das eigene Vaterland, das

am Boden liegende, getretene und geschundene eigene Volk vollends an die Gegner auszuliefern sucht. Ja, man ist schamlos genug, an den tschechoslowakischen Außenminister Benesch — diesen unverföhnlichen Deutschenhasser — einen Brief mit der Bitte um „weiteres Material gegen Deutschland“ zu schicken und ihn außerdem mit Nachdruck auf die Denkschrift „Deutschlands geheime Rüstungen“ hinzuweisen, die von der Liga für Menschenrechte herausgebracht worden war.

So kam denn, was kommen mußte: Die Angeklagten werden auf Kosten des Privatkägers freigesprochen und der Kläger verließ als der moralisch Gerichtete den Verhandlungssaal.

In der Urteilsbegründung führte Amtsgerichtsrat Dr. Bues im wesentlichen das Folgende aus:

„Im Mittelpunkt der ganzen Streitfrage steht der Zeuge Schwann, der keine erfreuliche Figur und keine Zierde der Bewegung und seines Berufes sei. Hinter ihm steht als Phantom, das die Fäden ordnete, Prof. Förster, der seine Aussagen in so merkwürdiger Weise berichtigt hat.“

Durch Förster kam Geld aus Frankreich und der Tschechoslowakei nach Deutschland. Dieses Geld war nicht selbstlos gegeben, sondern sollte gewissen politischen Zwecken dienen. Das gehe unzweifelhaft aus der Aussage von Schwann und Förster hervor.

Für das Verfahren wesentlich waren die Beziehungen des Privatkägers zu diesen unerfreulichen Tatsachen. Nach Ueberzeugung des Gerichtes habe die Hauptverhandlung nichts Bestimmtes ergeben, daß der Privatkäger von dem Zustrom fremden Geldes wußte, zwar hatte er, bezw. der Landesverband teil daran, durch das Abonnement von 1000 Nummern auf „Das andere Deutschland“. Daß er von der Herkunft wußte und in dieser Kenntnis das Geld nahm, habe die Hauptverhandlung nicht so klar ergeben, um den Wahrheitsbeweis darauf zu gründen. Auch die enge Verbindung mit Schwann, der dem Vorstand der Liga für Menschenrechte angehörte und führendes Mitglied in der Deutschen Friedensgesellschaft war, reichte für diese Vermutungen nicht aus. Un erfreulich sei aber das Weiterbestehen der Beziehungen zwischen dem Privatkäger und Schwann. Schwann durfte infolge seiner leitenden Stellungen nicht Gelder von Staaten nehmen, die gegen Deutschland eingestellt sind. Die Schiedsgerichte haben gezeigt, daß man das Verhalten von Schwann für höchst bedenklich hielt. Hier setzte nun der Punkt ein, der dem Privatkäger zum Vorwurf gemacht werden mußte.

Schon 1925 war die Öffentlichkeit durch Hiller darüber aufgeklärt worden, daß Gelder aus Polen, Frankreich und der Tschechoslowakei über Schwann gekommen seien. Dem Privatkäger konnten diese Tatsachen nicht unbekannt bleiben, und er hätte Nachforschungen anstellen müssen, woher Schwann die Gelder bezogen hatte. Es war untragbar für den Privatkäger, mit Schwann, der selbst zugibt, im Dienst der polnischen Regierung gearbeitet zu haben, weiter zu arbeiten.

Er mußte Schwann vom ersten Augenblick, als da Beschuldigungen auftauchten, abhelfen. Mit juristischen Gründen habe der Privatkäger sich darüber hinweggesetzt, und damit die moralischen Pflichten offenkundig außer acht gelassen. Pflicht des Angeklagten als Staatsbürger sei es gewesen, das Fehlen des Zeugen Hiller nicht zu übersehen, sondern im Gegenteil weite Kreise darauf aufmerksam zu machen, und damit in Erfüllung einer vaterländisch aufgefaßten Pflicht und im Interesse der allgemeinen Sicherheit zu handeln.

Wenn die Angeklagten dieses Verhalten geißelten, war es ihr gutes Recht und sie mußten daher freigesprochen werden. Die Missetaten in der Friedensgesellschaft waren offenbar vorhanden und durften unter scharfer Kritik

sich zur Aufgabe gesetzt hat, in der Heimat- und Arbeitsnot unseres Volkes durch Bau- und Siedlungsmöglichkeiten für Heimat und Arbeit zu sorgen.

Remscheid ist der Schritt aus der Stille der Dünner Arbeit in die große Öffentlichkeit. Es bedeutet für den Verein den Versuch, auch dem durch Arbeitslosigkeit jetzt und später bedrohten großstädtischen Industriearbeiter Heimathilfe zu schaffen. Weil im Blick auf die große Volksnot, wie sie sich gerade in den Großstädten erschütternd zeigt, alle Kräfte geschlossen eingesetzt werden müssen, hatte der Verein „Heimathilfe“ seine Mitglieder und Freunde für den 18. September zu einem Zusammensein nach Remscheid eingeladen. Im prunkvollen Stadtverordnetenratssaal des Remscheider Rathauses fand unter dem Vorsitz des Landrates von Borries die Versammlung statt, zu der aus allen Schichten unseres Volkes sich Freunde der Lehmhausarbeit eingefunden hatten. Nach den herzlichen Begrüßungsworten des Oberbürgermeisters Dr. Hartmann erzählte Pastor G. v. Bodelschwingh von Freude und Leid der Arbeit. Von der Freude darüber, daß sie voran geht, daß aus kleinen bescheidenen Anfängen solch hoffnungsvolle Arbeit hervorgeht und daß sich ein freiwilliger Helferkreis gefunden hat, der bereit ist, seine ganze Kraft einzusetzen. Neben der Freude steht aber auch die ernste Schwierigkeit der Geldbeschaffung für die Bauten, da die Hypotheken, die zugesagt waren, infolge der Zahlungsschwierigkeiten zurückgezogen wurden und die Zwischenkredite darum nicht eingelöst werden können. Auch die Frage nach den freiwilligen und geeigneten Helfern und Helferinnen ist nicht immer leicht. Aber durch Bodelschwinghs Bericht und durch die anschließende Aussprache klang doch immer der Ton freudiger Hoffnung hindurch, der dieses Zusammensein so wohlthuend hinaushob über den Geist gedrückter Hoffnungslosigkeit, dumpfer Verzweiflung und Resignation, der unser Volk weithin befallen hat. Es war ermutigend zu sehen, wie auch die Männer der Verwaltung und Behörden ihre Mithilfe zusagten, damit auf dem begonnenen Wege fortgeschritten werden könne. Angeregt wurde eine stärkere Verbindung von Ringartenfiedlung und

Lehmhaus, besonders für die Randsiedlungen der Großstadt, und immer wieder richtete sich der Blick auf den Osten. Für die Arbeit im Osten und im Westen wurde der Bau eines neuen „Heimathauses“ in Dünne beschloffen, um hier die Menschen heranzubilden, die in Siedlung und Bau Führer und Helfer sein sollen. Denn das wurde immer wieder betont: es kommt auf die Menschen an, die bereit sind, über alle Schranken der Parteien und Anschauungen hinweg selbstlos zu helfen, daß wieder der Geist eigentlicher Zusammenarbeit und hoffnungsvoller Selbsthilfe geweckt und gefördert wird, damit entwurzelte Menschen wieder bodenständig werden im eigenen Heim auf eigener Scholle. Es wurde beschloffen, sich auch der Regierung bei den neuen Siedlungsplänen mit den gemachten Erfahrungen zur Verfügung zu stellen, nicht zu bloßer Kritik, sondern zu aufrichtiger Mithilfe.

Galt der Freitagabendmittag den großen Leuten, so der Samstagabendmittag den Kindern. Es wurde nämlich das so lange erwartete Lehmhäuserfest gefeiert. Alle Kinder, die während des Sommers ihre kleinen Kräfte munter zum Lehmbacken und Lehmbrötebacken zur Verfügung gestellt hatten, kamen da zusammen. Schon lange vor Beginn waren sie da und nach frühlichem Spiel im Wiesengrund vor der Siedlung standen sie Schlange, um ein Stück leckeren Pflaumenkuchen und eine Tasse duftigen Kakaos zu erwischen. Die Freude des Nachmittags war unstreitig die große Zirkusvorstellung mit ihrer Riesenfemmenagerie, der bunten Völkerschau, den Clowns usw., alles von Kindern dargestellt. Selbst eine Verlosung fehlte nicht, und am Abend gab es sogar einen imposanten Fackelzug.

So fanden sich Groß und Klein in diesen Tagen zusammen und waren sich darin einig, daß der Lehmhaus eine seine Sache ist. Wenn er auch viel Arbeit mit sich bringt, so ist doch die Freude über das, was in frühlicher Arbeitsgemeinschaft von Groß und Klein erreicht wurde, nachher um so größer. Und darum konnte man dann auch solch schönes Häuserfest feiern, wie man es vielleicht bisher noch nirgends kannte.

über

Die Reichs-

— Han-

mit Presse-

Dingeldes

„Wir sin-

fahenlage

ter verschä-

Handeln de-

dermis halte-

Willen zu

deutsche Vo-

ringte zu h-

man als

Reichsregie-

aber von d-

leberwindu-

das gering-

Man wi-

fühl nicht

die Wüsch-

man jezt

hört, die

außerorden-

schaft dage-

nicht erwec-

legen ist.

so, daß

von der De-

uns aber a-

mittelbare

die Entsche-

das läßt si-

Nach Ar-

allem daru-

sammmentr-

Bildung ein-

Es handele

zur Bewäl-

Winter un-

ebene eigene
cht. Ja, man
hen Außen-
n Deutschen-
iteres Mate-
n außerdem
nds geheime
ur Menschen.

Angeklagten
gers frei-
der moralisch

ntsgerichtsrat

ge steht der
r und keine
i. Hinter ihm
Prof. För-
ger Weise be-

reich und der
s Geld war
en politischen
aus der Aus-

Beziehungen
en Tatsachen.
ie Hauptver-
e Privatklä-
u fte, zwar
an, durch das
„Das andere
ußte und in
auptverhand-
tsbeweis dar-
mit Schwann,
chte angehört
riedensgefell-
nicht aus. Un-
Beziehungen
nn. Schwann
nicht Gelder
und eingestellt
daß man das
lich hielt. Hier
äger zum Vor-

ch Hiller dar-
Polen, Frank-
um gekommen
Tatsachen nicht
hungen anstel-
ogen hatte. Es
Schwann, der
erung gearbei-

mblick, als die
Mit juristischen
über hinwegge-
n offenkundig
en als Staats-
gen Hiller nicht
Kreise darauf
lung einer na-
teresse der all-

ten geistlichen,
her freigespro-
densgesellschaft
ter scharfe Kri-

gen der Groß-
Blick auf den
Westen wurde
Dünne beschloß-
die in Siedlung
benn das wurde
menschen an, die
rteilen und An-
daß wieder der
hoffnungsvoller
damit entwur-
den im eigenen
lösen, sich auch
plänen mit den
zu stellen, nicht
Mithilfe.

hen Deuten, so
wurde nämlich
gefeiert. Alle
kleinen Kräfte
tragen zur Ver-
en. Schon lange
lichem Spiel im
e Schlange, um
eine Tasse auf-
des Nachmittags
g mit ihrer Rie-
en Clowns usw.,
eine Verlosung
einen imposan-

en Tagen zusam-
r Zehnbau eine
t mit sich bringt,
öblicher Arbeits-
t wurde, nachher
dann auch solch
wiel leicht bisher

R. Rr.

tik genommen werden. Wenn die Angeklagten Vorgänge bekämpften, die nach ihrer Auffassung an Landesverrat grenzten, so durften sie auch scharfe Worte gebrauchen. Deshalb konnten sie als Exponenten der öffentlichen Meinung ihr Interesse mit dem Allgemeininteresse iden-

tifizieren und vor diesem verwerflichen Treiben warnen. Es war ihnen der Schutz des § 193 zuzubilligen. Und noch immer soll es Deutsche geben, die Leuten vom Schlage Försters gegenüber mit Blindheit geschlagen sind!

Volk ohne Führer.

Dingeldien über die Reichsregierung.

Die Reichsregierung im Schlepptau der S.P.D.?

— Hamburg, 23. September. In einer Besprechung mit Pressevertretern am Mittwochabend machte Dr. Dingeldien etwa folgende Ausführungen:

„Wir sind der Auffassung, daß die augenblickliche Gefahrenlage so ungeheuer groß ist, und sich so schnell weiter verschärft, daß wir ein sofortiges und entschlossenes Handeln der Reichsregierung für ein dringendes Erfordernis halten. Der Eindruck herrscht vor, daß von einem Willen zu einer wirklichen Führung, auf die das ganze deutsche Volk so sehnlichst wartet, bis jetzt nicht das geringste zu spüren ist. Seit den Ereignissen des Juli keine man als einzigste und wesentlichste Maßnahme der Reichsregierung die Einrichtung einer Bankenaufsicht, aber von der Lösung weit wichtigerer Fragen, z. B. der Ueberwindung der Arbeitslosenfrage, ist bis heute nicht das geringste zu spüren.“

Man wird, so führt Dr. Dingeldien weiter aus, das Gefühl nicht los, daß die Arbeit der Reichsregierung durch die Wünsche der Sozialdemokratie diktiert ist. Wenn man jetzt wieder von außerordentlichen Maßnahmen hört, die gegen Terrorakte vorgesehen sind, aber von außerordentlichen Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft dagegen gar nicht, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß der Reichskanzler diesem Gefühl erlegen ist. Die Kräfteverteilung in Deutschland ist heute so, daß die Existenz der Reichsregierung letzten Endes von der Deutschen Volkspartei abhängt. Das verpflichtet uns aber auch, alle vorhandenen Möglichkeiten durch un-mittelbare Verhandlungen zu erkunden. Wie schließlich die Entscheidung der Reichstagsfraktion ausfallen wird, das läßt sich heute noch nicht sagen.

Nach Ansicht Dr. Dingeldiens handele es sich heute vor allem darum, daß der Reichskanzler noch vor dem Zusammentritt des Reichstages seine ganzen Kräfte für die Bildung einer Regierung nach englischem Muster einsehe. Es handele sich um die Errichtung einer Notgemeinschaft zur Bewältigung der schwierigen Arbeiten, vor die der Winter uns stellen werde.

Programmrede Duisbergs.

Für die Bildung einer breiten Front nationalen Willens.

Gesamrat Dr. Duisberg, der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Industrie, sprach in Solingen über die nächsten Aufgaben und gab dabei der Hoffnung auf die baldige Einberufung einer neuen Konferenz wirtschaftlicher Sachverständiger Ausdruck.

Geldkonferenz in Sicht.

Auch Frankreich zum Handeln gezwungen. — Pfundkrise verlangsamt die Arbeiten am Winterprogramm. — Goldkäufe in Neupost?

— Berlin, 24. September.

Reichsaußenminister Dr. Curtius, der am heutigen Donnerstag, von Genf kommend, wieder in Berlin eintrifft, wird alsbald nach seiner Ankunft dem Reichskanzler Dr. Brüning Bericht erstatten. Ferner wird Minister Dr. Curtius vom Reichspräsidenten empfangen werden. Von dem Verlauf dieser Aussprache dürfte es abhängen, wann ein Wechsel im Auswärtigen Amt stattfindet. Daß die Gerüchte von dem bevorstehenden Rücktritt des Ministers Curtius in den letzten Tagen nahezu verstummt sind, wird in politischen Kreisen mit der für das Wochenende vorgesehenen deutsch-französischen Aussprache erklärt.

Was nun den französischen Ministerbesuch betrifft, erwartet davon niemand bahnbrechende Abmachungen. Im besten Falle kann dieser Besuch zu einem Ausgangspunkt für die internationale Wirtschaftsverständigung werden, zu einem Anfang in der Ueberwindung der Krise, die sehr bald auch Frankreich auf den Fingern brennen wird. Denn jetzt, wo auch in den Vereinigten Staaten, dem größten Gläubigerland der Welt, Sorge um den Dollar entsteht, weil man Goldabzüge bemerkt, wird Frankreich zur einzigen Goldfestung der Welt. Hat aber der Umstand, daß Paris in den letzten Jahren aus allen Finanzzentren das Gold hat an sich ziehen können, bisher Frankreichs Stellung befestigt, dann wird jetzt Frankreich dadurch gezwungen werden, das Gold in die dafür bestimmten Kanäle zurückzuleiten, oder auch Frankreich wird mit dem ihm vorerst noch unbekannten Sorgenproblem der Massen-arbeitslosigkeit Bekanntschaft machen müssen.

Wer soll im Fortgang der Krise schließlich noch französische Waren kaufen können? Schon spiegelt sich in der Pariser Presse die schwere Besorgnis, die die französische Industrie erfährt hat, weil

die Pfundkrise das englische Absatzgebiet für Frankreich nahezu verliert.

Tausende von Engländern, die im Herbst an der Riviera weilen, sind abgereist, der englische Wochenverkehr lauffähiger Londoner nach Paris hat fast vollkommen aufgehört. Das sind erst schwache Zeichen. Aber wenn man weiß, welchen Proteststurm unsere 100-Mark-Ausreisegelder im Ausland entfesselt hat, wieviel ausländische Hotelgaststätten sich gefährdet haben, so wird man diese kleinen Zeichen nicht unterschätzen.

Voraussetzung dazu sei eine Vereinigung der politischen Atmosphäre insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich. Auch Frankreich werde sich auf die Dauer in der Brandung der Weltwirtschaftskrise nicht als eine Insel der Seligen halten können.

Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen kam Geheimrat Duisberg auf Fragen der Deflation und der Verschuldung Deutschlands zu sprechen, um zur Forderung einer Selbsthilfeaktion größten Umfanges überzugehen, von der er behauptete, daß sie allein imstande sei, die wirtschaftliche Existenz Deutschlands auf die Dauer sicherzustellen.

Es müsse in Deutschland gelingen, eine breite Front nationalen Willens für die Rettung aus wirtschaftlicher Not zu schaffen. Aber auch der Staat müsse sich freimachen von einer ganz falschen Einschätzung der Tragfähigkeit der deutschen Wirtschaft, sowohl im Hinblick auf die Reparationszahlungen als auch auf die innerpolitischen Entscheidungen.

100 Mill. Mark Bahnaufträge.

Verwaltungsatsung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft hielt in Berlin eine zweitägige Sitzung ab. Ueber den Verlauf der Verhandlungen wird mitgeteilt:

„Die Entwicklung der Einnahmen war auch in letzter Zeit ungünstig. Der Personen- und Gepäckverkehr in den ersten acht Monaten 1931 weist gegenüber den gleichen Monaten des Vorjahres einen Rückgang um 120 Millionen Mark (minus 12,7 Prozent), der Güterverkehr einen Rückgang um 356 Millionen Mark (minus 17,6 Prozent) auf. Im Vergleich zum Jahre 1929 ist der Einnahmerückgang noch schärfer. Der Personen- und Gepäckverkehr ist mit 161 Millionen Mark um 16,4 Prozent, der Güterverkehr mit 738 Millionen Mark um 32 Prozent zurückgefallen. Der gesamte Rückgang der Einnahmen beziffert sich bis Ende August gegenüber 1930 auf 489 Millionen Mark, gegenüber 1929 auf 955 Millionen Mark, das sind 26,9 Prozent weniger als 1929.“

Es ist der Verwaltung gelungen, einen wesentlichen Teil des Einnahmerückgangs durch Betriebsersparnisse auszugleichen: Es war möglich, die Gesamtausgaben im Jahre 1931 um 20,7 Prozent gegenüber 1929 zu senken. Beschaffungen und Aufträge an die Industrie mußten immer weiter gedrosselt werden, so daß nach dem derzeitigen Stande für 1931 38 Prozent weniger Bestellungen gemacht werden als im Jahre 1929.

Der Verwaltungsrat genehmigte für 1932 den Abschluß auf Lieferung von Schienen und sonstigem Material im Werte von rund 100 Millionen Mark. Inwieweit weitere Arbeitsaufträge zusätzlicher Art von der Reichsbahn herausgegeben werden können, hängt von dem Ergebnis der viereinhalbprozentigen steuerfreien Reichsbahnanleihe ab, zu deren Herausgabe der Verwaltungsrat seine Zustimmung gab.

Das Goldproblem ist reif für die internationale Lösung. Wer den Anstoß dazu geben wird, das wird sich wohl sehr bald zeigen. Es heißt, daß die BIZ, in Basel eine Sondertagung ihres Verwaltungsrats einberufen will, um noch Ende September die durch den Pfundsturz veränderte internationale Geldlage zu erörtern und daß die dort vertretenen Präsidenten der Notenbanken von ihren Regierungen weitgehende Befugnisse erhalten sollen. Nach unseren Informationen erwartet man jedoch die wirklichen Entscheidungen von einer internationalen Geldkonferenz, die das finanziell stabilste Land, nämlich Frankreich, veranlaßt. Vermutlich werden sich die englisch-französischen Kreditverhandlungen zu einer internationalen Geldkonferenz ausweiten.

Notprogramm erst im Oktober zu erwarten

Diese brennende Frage der internationalen Geldregelung und die Rückwirkungen der englischen Krise, deren Weg noch nicht restlos übersehbar ist, auf die deutsche Wirtschaft, haben vorerst auch die Arbeiten der Reichsregierung am Winter-Notprogramm erheblich verlangsamt, so daß mit Fertigstellung des neuen Brüning-Programms, das ursprünglich noch in dieser Woche veröffentlicht werden sollte, vor Anfang Oktober nicht zu rechnen ist. Das Programm wird dann auch den Parteien vorliegen, die zu Beginn des nächsten Monats ihre parlamentarische Vertretung in Berlin haben werden. Die Fraktionen werden in der Woche vor dem Reichstagsbeginn schon zusammen-treten. Man rechnet mit einer kurzen Herbstsitzung des Reichstags. Aber ob man nun 14 Tage oder drei Wochen oder überhaupt nur acht Tage beisammenbleibt und im Dezember wieder zusammentritt, das hängt ganz von dem Beratungstoff ab. Wenn auch das Plenum nicht zusammenbleibt, so werden die Ausschüsse doch zu intensiver Arbeit übergehen, denn der Etat muß vorbereitet werden. Eine Umbildung der Regierung, d. h. eine Erweiterung nach links oder rechts, scheint von den Regierungsparteien nicht beabsichtigt zu sein, abgesehen von einem Wechsel im Auswärtigen Amt, mit dem nach wie vor gerechnet wird. Kommt dieser Wechsel, dann will der Reichskanzler offenbar die Leitung des Auswärtigen Amtes selbst übernehmen, so daß ein neuer Minister nicht ernannt werden würde.

— Aus Anlaß des 70. Geburtstages des Großindustriellen Dr. Bosch wurde in Stuttgart eine Industrieausstellung eröffnet. Glückwunschtelegramme gingen u. a. vom Reichskanzler ein.

Vormarsch auf Charbin?

Großalarm in der Mandchurei. — Ausdehnung der Besetzung? — China rüstet zur Abwehr.

Aus der Mandchurei laufen neue Alarmnachrichten ein. Danach sollen japanische Truppen den Vormarsch auf Charbin, den Kreuzpunkt der südmandchurischen Eisenbahn und der russischen Transsibirienbahn, angetreten haben. Ferner laufen Gerüchte von der Entsendung japanischer Kriegsschiffe nach China um.

Der Shanghaier Berichterstatter des „Petit Parisien“ ergänzt diese Meldung dahin, daß die Besetzung Charbins und der Nordmandchurei nicht bevorsteht. Charbin sei der Zufluchtsort der vor dem japanischen Vormarsch zurückweichenden Mandchutruppen. Die chinesische Bevölkerung von Charbin sei gegen die Japaner sehr aufgebracht und habe Bomben gegen das japanische Konsulat, die forensische Bank, das Gebäude einer japanischen Zeitung und einer japanischen Gesellschaft geschleudert. Opfer seien nicht zu beklagen. Die Menge habe auch japanische Läden mit Steinen beworfen.

Der japanische Konsul in Charbin habe den Kommandierenden der japanischen Armee, General Honho, um Hilfe gebeten, unter Hinweis darauf, daß die in Charbin lebenden 4000 Japaner sich in Gefahr befänden. General Honho habe die verfügbaren Truppen der zweiten Division angewiesen, sich für den Abtransport nach Charbin bereit zu machen. Man berichtet sogar, daß er den Abmarschbefehl bereits erteilt habe, obwohl die Regierung von Tokio zögere. General Honho habe weiter die Besetzung der Eisenbahnstrecke Tsepingtai—Ka-Tsuan an-geordnet. Falls die Japaner Charbin besetzen, würden sie die beiden mandchurischen Provinzen Fengtien und Kirin kontrollieren.

Als Gesamtverluste würden von japanischer Seite angegeben 68 Tote, darunter drei Offiziere, und 95 Verletzte, darunter sieben Offiziere.

Der gleiche Berichterstatter meldet, daß der chinesische Staatspräsident, Marshall Tschiangkai-sche, eine Kundgebung veröffentlicht habe, in der China zur Bildung einer gemeinsamen Front gegen die Japaner aufgefordert werde. Wenn der Völkerbund, an den China appelliere, die Mandchurei nicht befreie, so werde er, Tschiangkai-sche, die chinesischen Truppen in den Kampf führen und nötigenfalls auf dem Schlachtfeld fallen, um die nationale Ehre zu retten. Für Sonnabend werde ein Nationalaufruf vorbereitet. Sämtliche Geschäftshäuser, Theater, Kinos und öffentlichen Gebäude würden schließen. Die japanischen Frauen und Kinder flüchteten von Nanjing nach Shanghai.

Japan dementiert.

Der japanische Außenminister dementiert die Meldung, daß der Konsul in Charbin um die Entsendung von Truppen erlucht habe. Richtig sei vielmehr, daß der japanische Konsul im Gegenteil darum gebeten habe, der Außenminister möge eine solche Aktion verhindern, da die japanische Bevölkerung Charbins es vorziehen würde, die Stadt zu verlassen, falls sich die Notwendigkeit dazu ergäbe.

Nach einem anderen Bericht aus Tokio hält Japan jetzt die strategischen Punkte in der Mandchurei völlig unter seiner Kontrolle. Die japanische Regierung habe sich vor der vollendeten Tatsache gebeugt, vor die sie durch ihre militärischen Befehlshaber gestellt worden sei. Daß diese die Nation hinter sich haben, stehe außer Zweifel. Die Regierung habe zwar versichert, daß die japanischen Truppen nicht über Tschiangschun hinaus nach Norden vorrücken würden; aber die 4000 in Charbin lebenden Japaner seien in erster Gefahr und im Notfalle würden die Japaner zweifellos in die russische Interessensphäre eindringen. Eine Besetzung von Charbin würde die russische Eisenbahnverbindung mit der Mandchurei ab schneiden.

Gegenwärtig hat Japan 14 000 Mann in der Mandchurei, davon 3900, die in den letzten Tagen von Korea dorthin geschickt wurden.

Abgabe Chinas.

Nach einer amtlichen Mitteilung hat die Nanjing-Regierung den Vorschlag abgelehnt, eine aus drei Japanern und drei Chinesen zusammengesetzte Kommission zu schaffen. Die gemischte Kommission sollte die Aufgabe haben, alle schwebenden Fragen über den gegenwärtigen Mandchurei-Konflikt zu prüfen. Nach Ansicht der Nanjing-Regierung ist die Entwicklung der Dinge schon zu weit gegangen.

Dauertagung des Rates.

Fortsetzung der Besprechungen in Berlin? — Schwierige Ausgleichsverhandlungen.

Die Verschärfung des Ostasienkonflikts erweckte in Genf lebhaftes Belorgnis. Der Präsident des Völkerbundrates, Cerreus-Spanien, hatte mehrfach Besprechungen mit Vertretern Chinas und Japans, wobei er sich bemühte, die Zustimmung beider Länder zu praktischen Maßnahmen für die Beilegung des Konflikts zu erhalten. Angesichts der Schwierigkeiten, die sich dabei ergaben, zog der Ratspräsident Vertreter Deutschlands, Frankreichs, Italiens und Englands zu den Verhandlungen hinzu. Von japanischer Seite wurde geltend gemacht, daß es sich bei den Vorgängen in der Mandchurei nicht um einen Krieg handle, sondern um einen Zwischenfall, der sich aus der Notwendigkeit ergeben habe, von China verletzte Rechte und Interessen zu schützen.

An die Regierung in Tokio und Nanjing sandte der Ratspräsident ein Telegramm; die Schlusssätze dieses Telegramms lauten:

„Ich hege die feste Ueberzeugung, daß entsprechend dem an Sie gerichteten Appell, zu dem mich der Völkerbundsrat ermächtigt hat, Ihre Regierungen alle Maßnahmen ergreifen werden, auf daß keine Handlung begangen wird, die geeignet ist, die Situation zu verschlimmern oder der friedlichen Regelung des Problems vorzugreifen. Ich werde andererseits die vorgesehenen Verhandlungen mit den Vertretern Japans und Chinas über die Ausübung des zweiten Paragraphen der Ermächtigung (Zurückziehung der Truppen) beginnen. Ich habe für diese Verhandlungen die Vertreter Deutschlands, Großbritanniens, Frankreichs und Italiens hinzugezogen.“

Zum Schluß erwähnt noch der Ratspräsident, daß den Vereinigten Staaten, die Berichte über die Tagung des Rates übermittelt worden seien.

Bei den Diskussionen der Ratsmitglieder spielte auch die Frage eine Rolle, ob es eventuell notwendig sei, den Rat auch über die Herbsttagung des Völkerbundes hinaus zusammenzuhalten. Als geeignete Verhandlungsstädte wurden Madrid und Paris genannt. Doch war auch von Berlin die Rede; letzteres offenbar im Hinblick auf den Besuch des französischen Ministerpräsidenten. Vom deutschen Standpunkt aus ist jedoch eine Ratstagung in Berlin kaum zu befürworten, da ja der deutsche Einfluss auf die Gestaltung der Dinge im Fernen Osten nicht derart einschneidend ist, um die Wahl der Reichshauptstadt zu rechtfertigen.

Im Verlaufe der Besprechungen liefen neue Telegramme aus Tokio ein, worauf sich in den Völkerbundstreffen wieder eine etwas günstigere Auffassung anbahnte.

Japan meldet Zurücknahme der Truppen aus der Mandschurei.

— London, 23. September. Wie aus Tokio gemeldet wird, teilt das japanische Außenministerium mit, daß die Zurücknahme der Truppen aus der Mandschurei begonnen habe. Die Truppen, die sich in Mukden und Tschangschien befanden, würden jedoch dort verbleiben, in Kirin seien nur noch 200 Mann. Demgegenüber besagen englische Berichte, daß die Japaner sich weiterhin Chardin näherten.

Grandi Ende Oktober in Berlin.

— Genf, 24. September. Der deutsche Ministerbesuch in Italien wird nunmehr vom italienischen Außenminister Grandi Ende Oktober erwartet werden. Begleitet wird Grandi von seiner Gemahlin. Ueber einen Gegenbesuch Mussolinis ist in Berlin noch nichts bekannt.

Mohammedaner greifen englische Militärposten an.

— London, 23. September. In Grinagar in Indien kam es zu größeren Unruhen, in deren Verlauf Mohammedaner englische Militärposten angriffen, so daß diese Feuer geben mußten. Hierbei wurden vier Mohammedaner getötet und sechs verwundet. Auf Seiten der Regierungstruppen und der Polizei sollen 90 Personen mehr oder minder schwer verletzt worden sein. Die Regierung hat die Lage in der Hand.

„Akron“ erster Aufstieg.

— Newyork, 24. September. In Akron im Staate Ohio stieg am Mittwoch das neue amerikanische Marine-Luftschiff „Akron“ zu seinem ersten kurzen Probeflug auf. Das Luftschiff „Akron“ ist in seinen Ausmaßen bedeutend größer als die bisherigen Luftschiffe. In das Luftschiff sind deutsche Motoren eingebaut worden.

Heimkehr aus Grönland.

Zwei Mitglieder der Wegener-Expedition in Dänemark eingetroffen.

Der Geologe Dr. Sonne und der Meteorologe Dr. Georgi von der deutschen Grönlandexpedition Professors Dr. Wegener sind jetzt von Grönland kommend in Dänemark eingetroffen. Vierzehn weitere Mitglieder folgen in den nächsten Wochen.

Ueber den Aufenthalt auf Grönland äußerte Dr. Georgi, er habe 400 Tage auf der Station Eismitte zugebracht. Es sei das erste Mal gewesen, daß eine solche Überwinterung stattgefunden habe und, wie er annehme, wohl auch das letzte. In der Zeit vom Januar bis März sei die Kälte bis auf 65 Grad Celsius gesunken. Die wissenschaftlichen Arbeiten hätten darunter gelitten, daß Prof. Dr. Wegener mit drei leeren Schichten in die Station zurückgekehrt sei und seine ganze Ausrüstung in der Eismasse habe zurücklassen müssen.

Von einem zweiten Vorstoß mit dem Grönländer Rasmussen ist Prof. Wegener dann bekanntlich nicht zurückgekehrt. Seine Leiche wurde im Mai gefunden; von Rasmussen fehlt noch jede Spur.

Der Kampf der Kolonialgesellschaft. Der Präsident der Deutschen Kolonialgesellschaft, Gouverneur z. D. Dr. Schnee, fordert in einem Kampfaufruf die deutsche Jugend auf, als Träger der kolonialen Idee in die vorderste Kampffront zu treten. Der Zerfall unserer Wirtschaft mache die Revision der unerträglichen Tributlasten zur unbedingten Notwendigkeit. Diese Revision müsse eine den Lebensnotwendigkeiten Deutschlands entsprechende koloniale Neuordnung in sich schließen. Als Ziel müsse fest im Auge behalten werden die Wiedergewinnung der uns entzogenen Kolonien!

Der diesjährige

Heidschnuckenlammfleisch-Versand

hat begonnen. Postpaket 1/2 Braten, 1/2 Kochfleisch eins hl. Porto und Verpackung 8,50 M. Größere Mengen, Bahnversand, Angebot auf Anfrage.

Arbeiter - Kolonie, Frelstätt, Kr. Sultingen (Prov. Hannover).

FABRIK-RESTE

1 Pfund von 1,50 an.

Unser Sonderangebot:
Damentaschentuch aus weißem Mako mit Hohl- 8,3
saum per Stück
Wischuch weiß rot, aus reinen Garnen 12,3
sehr gute Qualität, dicht geschlos-
sen, weiß gebleicht . . . 60 cm breit 40,3
Verlangen Sie bitte unsere reichhaltige Preisliste kostenlos!

Textilmanufaktur Haagen
WILHELM SCHÖPFLIN · HAAGEN i. BADEN

Konferenz der Oberpräsidenten.

Eine Ansprache Severings. — Das Programm für den Winter. — Der Besuch aus Paris.

Im Gebäude des preussischen Innenministeriums hatte Minister Severing eine Besprechung mit den Ober- und Regierungspräsidenten. Staatsminister Severing führte aus, im kommenden Winter stünden zwei Fragen im Vordergrund: die Eindämmung des Radikalismus und die Aufrechterhaltung des Gemeindehaushalts.

An eine Ueberrahme des gemeindlichen Defizits — in Preußen handele es sich um 500 Millionen Mark — durch das Reich sei ausgeschlossen. Hilfe würde das Reich nur bei den Ausgaben für die Wohlfahrtsverbände leisten, und das auch nur insoweit, als die Gemeinden ihre Ausgaben auf das Mindestmaß hinabschraubten.

Was das Gerede von einem beabsichtigten Putzch betreffe, sei das völlig ausgeschlossen. Beunruhigung aber erweckten die dauernden Drohungen und die täglichen Zusammenstöße. Es sei Pflicht der leitenden Beamten in den Provinzen, Bezirken und Kreisen, der Meinung entgegenzutreten, als ob wir kurz vor der Ueberrahme der Macht durch die eine oder andere radikale Partei ständen. Die Staatsgewalt sei unverletzt und bereit.

Ferner forderte der Minister die leitenden Beamten auf, den Pessimismus zu bekämpfen, daß der kommende Winter das deutsche Volk in eine Katastrophe führen werde.

Zum Schluß der Besprechungen wies Minister Severing noch auf den bevorstehenden Minister-Besuch aus Paris hin, wobei er betonte, Störungen dieses politisch sehr bedeutsamen Besuchs müßten unter allen Umständen verhindert werden.

Die Börsen bleiben geschlossen.

Die Vorstände der deutschen Wertpapierbörsen besaßen sich in einer nach der Reichshauptstadt einberufenen Konferenz mit der Frage der Wiedereröffnung der Börsen. Nach Beendigung der Besprechungen wurde mitgeteilt, daß es für den Rest der Woche bei dem Verbot des Handels mit Wertpapieren und Devisen verbleibt. Nur die Metallbörsen nehmen die Notierungen wieder auf. Einmütig ist beibehalten, nach Klärung der durch die Aufhebung der Goldwährung in England geschaffenen Lage in der nächsten Woche alsbald die Börsen wieder zu eröffnen.

Gedanken beim Zeitungslesen.

Nach so viel Ungutem, was der Aufwärts lange Zeit berichten mußte, leuchtet nun zweierlei Gutes hervor: „Begonnen der Arbeitsdienst, von guten Händen geleitet“, und zweitens ein ernstliches Regen gegen die Kriegsschuldlinge. Gott gebe dazu Ausdauer und seinen Segen. Für beides wäre es gewiß gut, wenn Flugblätter mit kurzen bezüglichen Sätzen immer wieder von neuem über das ganze Reich verbreitet würden.

Christentum und Politik, Aufwärts 159. Daß Beides oft nicht übereinstimmt, ist Unglück für Deutschland. Wenn z. B. hinsichtlich der Kleinrentner christlich verfahren worden wäre, hätte die Kaufkraft dieser Tausende für manchen Betrieb eine Hilfe sein können, so daß die Arbeitslosigkeit nicht so über die Massen groß geworden wäre. Auch höhere Steuern hätte der Staat von Kleinrentnern, denen er Wort gehalten, erheben können, statt Almosen auszuteilen, die ja doch keinem wesentlich nützen. Mit dem Christentum hätte es sich jedenfalls besser vereinbaren lassen, wenn denjenigen Arbeitern, welche Anspruch auf Versicherungsgelder haben, aber weder wirklich arbeitslos noch bedürftig sind, die betreffenden Summen einfach, bis bessere Zeiten für Deutschland kommen, vorenthalten würden. Im allgemeinen weiß ich sehr wenig von diesen Versicherungssachen; aber man sieht immer ganze Mengen Radfahrer unterwegs zum „Stempeln“, von denen die meisten nur eine Nebenbeschäftigung durch einen nun eingestellten Betrieb gehabt haben, z. B. ein sehr wohlhabender Landwirt mit schönem Hof und vielem Land und nur einem bereits erwachsenen Kind. — Etwas „Christliches“ könnte gewiß der Staat auch mal gegen den Zwischenhandel versuchen, welcher alle Bauern (außer einigen reichen, welche gelegentlich selbst Handel treiben) schädigt. Viele fahren ihre Erzeugnisse selbst nach der Stadt, um solchen Schädigungen zu entgehen, aber es kostet viel Zeit. Vielleicht könnte das gebessert werden, wenn Besitzer von Lastautos aus Gegenden, wo es nicht so fülle von z. B. Äpfeln und Birnen gibt, den Bauern solche gegen feste, mäßige Preise an gut zahlende Adressen befördern würden. So hat jetzt ein Händler aus Köln ganze Mengen von Zwetschen hier in der Gegend aufgekauft pro Zentner 7 Mark, während hiesige Händler für beste Birnen und Äpfel 2 und 4 Pfennig bieten, so daß überhaupt nicht darauf eingegangen werden kann. Zur

Über

macht es sich zur Pflicht, für den „Aufwärts“ zu werben?

ausgiebigen Verwertung durch Dörren usw. ist bei den Landeuten im Herbst kaum etwas Zeit, aber in den Städten könnte mancher Arbeitslose sich doch etwas Verdienst dadurch verschaffen.

Für einzelne Arbeitslose, welche etwas Zeichentalent aufzuweisen haben, kann der verhältnismäßig billige Fern-Unterricht: Mal- und Zeichenunterricht G. m. b. H., Berlin W 9, Linkstraße 12, empfohlen werden, welcher verspricht, leicht und rasch zu einem Ziel zu führen.

Bei dem anfangs genannten erfreulichen „Arbeitsdienst“ wird hoffentlich berücksichtigt, daß die Leute nicht überanstrengt werden und gute Kost bekommen.

Auguste.

Erholung im Ausland.

Ein reichsdeutscher Beamter, der durch längeren Aufenthalt das Evangelische Erholungsheim Hasliberghaus Goldern im Berner Oberland genau kennt, und nach einem Nervenzusammenbruch dort Gesundheit und Arbeitskraft fand, schreibt — unaufgefordert — zu der Frage, ob Deutsche in dieser Zeit zur Erholung ins Ausland reisen dürfen:

„Wenn man ein Haus weiß, bei dem man die Gewissheit hat, daß man sich dort wohl fühlt und wirkliche Erholung findet, so wird man auch, falls es möglich ist, die weitere Reise nicht scheuen. Dazu kommt, daß Ihr Haus besonders unseren deutschen Volksgenossen dienen will, und so kommt die Förderung Ihres Werkes doch auch wieder unserem Volk zugute.“

In diesem Sinn ladet unser Heim erneut zu den so oft vom besten Erfolg begleiteten Herbst-, Winter- und Frühlingskuren ein. Es ist 1926 zum guten Teil im Blick auf erholungsbedürftige Freunde aus Deutschland, namentlich Arbeiter der christlichen Liebe, erbaut und in den folgenden Jahren beträchtlich erweitert worden. Seine windgeschützte Sonnenlage, 1060 Meter hoch, angelehnt an das Hochgebirgs- und Gletscherwelt, seine behagliche Einrichtung, seine sorgfältige Verpflegung (auch Diätküche) und das traute Familienleben in den schönen Räumen haben es schon vielen Hunderten von deutschen Gästen lieb gemacht und sie darin ein Stück Heimat in der Ferne finden lassen. Das Pflegegeld des völlig gemeinnützig arbeitenden Heimes ist der gegenwärtigen Notzeit angepaßt. Aufnahme finden auch Kinder zu mütterlicher Pflege und junge Mädchen zur Ausbildung im Hauswesen und Förderung in der Allgemeinbildung. Prospekte mit reichem Bildschmuck sendet der Hauswart

Dr. Rudolf Burckhardt, Pfarrer.

„Zeitwende“.

Ueber Marxismus, Liberalismus und „preussischen“ Sozialismus spricht sich Heinrich Haack lebendig und anschaulich, aber doch unparteiisch-jadisch im Septemberheft der „Zeitwende“ (Verlag C. S. Beck, München) aus. Er schließt seinen Aufsatz über „Soziale Bewegungen der Gegenwart“ mit einem Blick auf die soziale Bedeutung der evangelischen Kirche. In der sozialen Geseßgebung Bismarcks, den Bestrebungen Damaschkes und Stöckers, aber auch im Nationalsozialismus sieht Haack den Geist des „Preußentums“ im Sinne Spenglers, dessen jüngste Schrift „Der Mensch und die Technik“ von Johannes Schattemann im gleichen Heft kritisch gewürdigt wird. Eingeleitet wird das Heft durch einen Beitrag von Gerhard May: „Von der Gottlosigkeit als Frage an den Glauben“, der die Gottlosigkeit nicht beklagt und anklagt, nicht die Gottlosenpropaganda schildert, sondern ganz nüchtern und grundsätzlich untersucht, welche Frage die Tatsache der Gottlosenbewegung an den Glauben stellt. Wird dieser stets recht verkündigt? Hat er sich selbst nicht oft in rationalistische Spekulationen verloren, verbürgerlicht, durch jene humanistische Selbstherrlichkeit anstecken lassen, deren letzter Ausdruck eben die Gottlosigkeit ist? —

Der ganze Inhalt der wertvollen Zeitschrift kann hier nicht angegeben werden. Wo es aber jetzt in den Winter hineingeht und hier und da neue Lektüre befoht wird, sei warm empfehlend auf die „Zeitwende“ hingewiesen. Sie kostet fürs Vierteljahr 5 Mark und kann durch den Buchhandel, durch die Post oder direkt vom Verlag bezogen werden.

Mädchen

junges, als Hilfe für rein vegetar. Haushalt und evtl. Laden gesucht. Gelegenheit zum Erlernen der vegetar. Küche. Angebote unter K 1 an d. Geschäftsst. d. Blattes.

Langjähriger

Leiter

eines Kospizes, arbeitsfreudig und gewissenhaft, sucht anderweitige Position (Vertrauensstellung) gute Referenzen, Kautions kann gestellt werden. Angebote unter A 1898 an d. Geschäftsst. d. Bl.

Suche für meine Tochter, 20-jährig, Lyzeumsbildung, welche ein Jahr die Haushaltungsschule in Bethel besucht hat, eine Stelle als Stütze

Herm. Koepf, Babbede i. W.

Betten

Metall- u. Holz- Kinder-, Polster-, Chaisel-, an jeden Teils Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Bedbergen bei Hirteln im schönen Weserberglande,

Familienpension

Mage. Stille, sonnige Lage, hoch und staubfrei, Garten mit Liegeplätzen. Herrliche Wälder. Gute Verpflegung. Zentralheiz. Mäßige Preise. Erholungs-suchende finden liebevolle Aufnahme. Auch Dauergäste willkommen.

Herr. Marlenbutler

z. St. 9 Pf. 13,50 Mk. franko
„ 6 „ 9,60 „
„ Otto Doerken, Möhlenwarf (Düffriesland)

Bethel.

— Donnerstag abend 8½ Uhr in Gosen

Blaukreuzstunde

Jedermann ist herzlich eingeladen.

— Eine Geldbörse mit größerem Inhalt ist einer Kriegerwitwe in der Nähe Ophir verlorengegangen. Es handelt sich um eine in vielen Monaten mit Mühe erparte Summe, die zur Zahlung einer Schuld verwandt werden sollte. Wir bitten den ehrlichen Finder um Abgabe an unserer Kasse.

Ophir, vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel.

— Pelikan-Füllhalter verloren. Freitag den 18. Sept. Gegen Belohnung abzugeben im Pfortnerhaus.

Anzeigen aus Bethel.

— Palmzauber, die vorzügliche Reform-Pflanzen-Butter, ist in Ophir zu haben.

Schriftleitung: H. Kraa; Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. S. Guttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.